



Mit Olaf Scholz in eine lebenswerte Zukunft

Am 26. September 2021 ist die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag – gleichzeitig ist es die erste Bundestagswahl seit 16 Jahren, für die Angela Merkel nicht mehr als Bundeskanzlerin antritt. Das Corona-Krisenmanagement der letzten Monate bescherte nicht nur der Bundesregierung – insbesondere im letzten Jahr – hohe Zufriedenheitswerte, sondern auch den einzelnen PolitikerInnen, die durch ihre Arbeit in den Medien sehr präsent waren; der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz belegt dabei hinter Angela Merkel durchgängig den zweiten Platz.

Mit dem hoffentlich baldigen Ende der Pandemie, der Wetterkatastrophe im Juli und der nahenden Bundestagswahl kristallisieren sich die Unterschiede zwischen den Parteien aber wieder stärker heraus, und die Wahrnehmung einzelner Regierungsmitglieder durch die Bevölkerung ist differenzierter.

Im wöchentlichen Sonntagstrend des Meinungsforschungsinstituts Insa für Bild am Sonntag am 5. September fällt die Union mit Kanzlerkandidat Armin Laschet auf 20 Prozent ab. Die SPD mit ihrem Kandidaten Olaf Scholz gewinnt leicht hinzu und

kommt nunmehr auf 25 Prozent (Grüne: 16 Prozent, FDP: 13 Prozent, AfD: zwölf Prozent, die Linke: sieben Prozent). Olaf Scholz würden laut Infratest-Umfrage 43 Prozent der Befragten direkt zum Kanzler wählen, wenn dies möglich wäre. Unionskandidat Laschet kommt auf 16 Prozent und liegt damit vor der Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock, die auf zwölf Prozent kommt. Woran liegt das? Die beiden Kandidaten der CDU und den Grünen sind zwar in der Vergangenheit durch diverse Skandalchen und missglückte Auftritte vor Kameras negativ aufgefallen, aber wir glauben: Es ist Olaf Scholz' Beständigkeit, die ihn zum aussichtsreichsten und verdientesten Kandidaten macht.

Als Finanzminister hat Olaf Scholz das Land sicher durch die Corona-Krise navigiert – der sogenannte Schutzschild für Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen in 2020 war das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik, und der Bundeshaushalt für dieses Jahr hat ein Volumen von knapp 500 Milliarden Euro. Natürlich falle ihm die hohe Neuverschuldung nicht leicht, sagte Scholz. Jetzt sei es aber wichtig, in die Zukunftsfähigkeit

des Landes zu investieren, damit die deutsche Wirtschaft schnell wieder an Schwung gewinnt: „So werden wir aus der Krise herauswachsen.“

Das Zukunftsprogramm der SPD

Apropos Geld: Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat für die Süddeutsche Zeitung Anfang Juli berechnet, was zentrale Vorschläge der Parteien für den Geldbeutel der Bürger bedeuten – und auch hier zeigen sich wieder deutliche Unterschiede. Die SPD will die große Mehrheit der Einkommen besserstellen, davon die unteren beiden Drittel (bis zu einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro) besonders. Ziel ist, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verkleinern und Ungerechtigkeiten auszumerzen.

Ganz anders sieht das bei Union und FDP aus: Je höher das Einkommen, desto mehr hat ein Haushalt finanziell zu erwarten. Die Liberalen treiben es hierbei auf die Spitze und versprechen Haushalten mit einem Jahreseinkommen von über 150.000 Euro sogar ein knapp zehn Prozent größeres Netto. Und wie soll das finanziert werden? Laut ZEW agieren Union und FDP hier ganz anders, als es ihr wirtschaftsnahes und finanzsolides Image nahelegt: Sie reißen ein zusätzliches Loch von 30 beziehungsweise 90 Milliarden Euro in die Staatskasse. Eine gerechte und zukunftsfähige Planung sieht anders aus.

Für Scholz und die SPD steht eine Gesellschaft des Respekts im Vordergrund. Respekt ist die Grundlage für einen modernen und starken Sozialstaat: Gerechte Löhne, bezahlbare Mieten, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung für Sicherheit im Wandel. Sichere Rente und gute Pflege. Der Einsatz gegen Kinderarmut und für die Gleichstellung der Geschlechter – das alles macht eine Gesellschaft des Respekts aus.

Für eine lebenswerte Zukunft für alle.



SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz

Digitalisierung an Schulen

Wo wir stehen und wie es besser wird

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist klar: Es muss an Schulen einiges in Sachen Digitalisierung getan werden. Der Digitalpakt, 2018 von der Bundesregierung als Absicht bekundet, sollte fünf Milliarden Euro an Förderung des Bundes an die Schulen bringen. Nach zähem Ringen trat die "Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024" dann im Mai 2019 schlussendlich in Kraft. Vorher war noch eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 104c notwendig.

Nach einem Artikel aus dem Tagesspiegel vom 23.01.2020 wurden bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nur 15 Millionen Euro aus dem Digitalpakt bewilligt. In vier Bundesländern, darunter auch Hessen, wurde bis Januar 2020 kein einziger Antrag bewilligt.

Spätestens mit Ausbruch der Pandemie wurden dann die Defizite sichtbar. Es gab an vielen Schulen weder die Kompetenz, den Unterricht nur noch digital anzubieten, noch die Geräte mit denen SchülerInnen und LehrerInnen problemlos einen digitalen Unterricht hätten gestalten können. Es wurden teilweise von engagierten LehrerInnen Lernplattformen in Betrieb genommen, andere verschickten Arbeitsblätter als PDF und ließen sich die bearbeiteten Blätter dann als Foto wieder zurücksenden. Auf Nachfrage beim Wiesbadener Schulamt hieß es im Frühsommer 2020, dass es keine Vorgabe von dieser Seite hinsichtlich einer Lernplattform geben würde. Die Lehrkräfte sowie die Schulleitungen könnten das nach eigenem Ermessen entscheiden. Das hört sich zunächst einmal gut an, heißt aber auf der anderen Seite, dass die Betroffenen in diesem Moment mit ihrem Problem alleine gelassen wurden.

Unter dem Eindruck der Pandemie haben Bund und Länder drei Zusatzvereinbarungen zum Digitalpakt auf den Weg gebracht: Im Juli 2020 trat die Zusatzvereinbarung "Sofortausstattung" in Kraft. Damit stellt der Bund weitere 500 Millionen Euro für Schülerinnen und Schüler bereit, die zuhause auf kein

Wir alle hoffen, dass Schule nun unter möglichst sicheren Bedingungen wieder in Präsenz stattfindet. Dabei sollten wir aber, zumindest nicht digital, in die Vor-Corona-Zeit zurückfallen. Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler müssen sich digital mit der Zeit entwickeln. Dazu muss die Politik und die Verwaltung die Voraussetzungen schaffen.

Im Wahlprogramm der SPD für die anstehende Bundestagswahl haben wir unter der "Zukunftsmission III" die Maßnahmen beschrieben, die wir dafür als sinnvoll erachten. Zum Beispiel, dass Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Schülerinnen und Schüler sollen entsprechende Endgeräte und Zugang zum Internet ermöglicht bekommen. Die Schulen sollen und

müssen ebenfalls entsprechend ausgestattet und modernisiert werden. Daneben brauchen wir Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung.

Es ist noch ein langer Weg und wir als SPD wollen diesen entschieden und zukunftsweisend angehen.



Bei der Digitalisierung bleibt noch viel zu tun. (Foto: Ken Tomita von Pexels)

mobiles Endgerät zugreifen können. 500 Millionen Euro zusätzlich gibt es seit November 2020 für die Administration und nochmal 500 Millionen Euro ab Januar 2021 für Leihgeräte für die Lehrkräfte. Insgesamt also nochmal 1.5 Milliarden Euro Förderung. Wieso bekommen wir die PS aber nicht auf die Straße?

Eine mögliche Ursache dafür könnte sein, dass vor der Pandemie digitale Lernformen noch nicht eingeübt worden sind. Es mussten im ersten Präsenzünterricht vollkommen neue Plattformen und Methoden eingeführt werden, die den meisten Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern noch nicht bekannt waren. Das hat sich auch während der Lockdowns nur sehr langsam eingeübt und aufgrund der Inhomogenität der Systeme war es auf allen Seiten sehr zäh. Wurden pragmatische Lösungen gewählt, standen sehr häufig datenschutzrechtliche Bedenken entgegen und haben gebremst.

Impressum

„Der Auringer - Ortszeitung der SPD“
Herausgeber: SPD Ortsverein Auringen
V.i.S.d.P.: Wolfgang Brendel
Layout: Dr. Michael Wolf
Bildmaterial: SPD, Privat
Druck: www.flyeralarm.de
Auflage: 2500

Kontakt

Sie haben Fragen zur Politik in Auringen?
Sie wollen uns Ihre Meinung sagen?

Dann erreichen Sie uns unter:

Telefon: 06127 61516
Email: www.spd-auringen.de/kontakt/
Internet: www.spd-auringen.de

Vorstellung der SPD-Kandidatin für den Bundestag Nadine Ruf

Mein Name ist Nadine Ruf. Geboren wurde ich vor 43 Jahren hier im schönen Wiesbaden. Ich bin berufstätig, Mutter von drei wunderbaren Mädchen, Ehefrau, seit 17 Jahren leidenschaftliche Stadtverordnete und kandidiere jetzt für den Deutschen Bundestag.

Mein ganzes Leben hat mich politisch geprägt. Meine Mutter war alleinerzie-



Nadine Ruf kandidiert für Wiesbaden für den Bundestag.

hend und musste kurze Zeit nach meiner Geburt wieder arbeiten. Kinderbetreuung und Elternzeit gab es damals nicht in dem Umfang wie heute. Meine Großeltern sprangen ein. Trotzdem war es für meine Mutter keine leichte Zeit. Ende der siebziger Jahre in einem kleinen Dorf wie Rambach alleinerziehend zu sein, war auch nicht leichter als es heute ist.

Mein Opa war, neben meiner Mutter, mein größter Unterstützer, Förderer und Kritiker. Er lehrte mich in Schwierigkeiten und Problemen Herausforderungen und Chancen zu sehen und auch, dass man für ein gutes Leben hart arbeiten muss und einem nichts geschenkt wird. Deswegen habe ich neben der Schule und dem Studium immer hart und vor allem viel gearbeitet, u.a. als Putzfrau/Zimmermädchen in einem Hotel.

Ich habe als Jugendliche die IGS Kastelstraße besucht. Aus dem beschaulichen Rambach mit 13 Kindern in einem Jahrgang kam ich in eine Klasse mit 25 Schülerinnen und Schülern, von denen über die Hälfte einen Migrationshinter-

grund hatte. In dieser Zeit habe ich gelernt, wie es Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland geht und habe Freundschaften geschlossen, ohne dass die Herkunft eine Rolle spielte. Ich habe auch erlebt, wie wichtig gemeinsames Lernen ist und wie sehr nicht nur die Schwächeren von den Stärkeren profitieren sondern auch umgekehrt.

Mein Abitur machte ich 1998 auf dem Martin-Niemöller-Oberstufengymnasium, als erste aus meiner Familie. Danach studierte ich internationales BWL an der Hochschule Rhein-Main. Seit 2003 arbeite ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Hessischen Landtag.

Politisch aktiv war ich schon in der Schulzeit. Begonnen hat es mit der Schülervertretung. Von dort war der Schritt zu den Jusos nicht sehr groß. Ich habe

nie den Kopf in den Sand gesteckt, wenn etwas schwierig war oder wurde. "Geht nicht" gab es für mich nie. Ich habe immer gefragt: "Wie kriegen wir das hin?"

So ist es auch heute noch und das versuche ich meinen Kindern vorzuleben. Ich will, dass sie aufwachsen in der Gewissheit, dass die freie Meinungsäußerung eines der höchsten Güter ist und dass einem alle Möglichkeiten offenstehen. Aber, dass man diese Rechte auch verteidigen muss, wenn sie in Gefahr sind.

Ich möchte, dass meine Kinder in einer Welt leben, in der nicht der Stärkste und Mächtigste das Tempo bestimmt, sondern in der Rücksicht, Gerechtigkeit und Solidarität unser Miteinander prägen.

Die politischen Rahmbedingungen dafür werden in Berlin geschaffen und daran möchte ich mitwirken und meine Erfahrungen einbringen.

Ich will nicht einfach nur zusehen, was geschieht, sondern meinen Beitrag leisten für eine lebenswerte Zukunft vor unserer Haustür, in Wiesbaden und in der ganzen Bundesrepublik.

Aus dem Ortsbeirat

Spielplätze und ein Treffpunkt für Jugendliche

Die Auringer SPD begrüßt die Wiederherstellung und Aufwertung des Spielplatzes „Am Hinkelhaus“, der am 2. September offiziell seiner Bestimmung übergeben wurde. Somit sind nun dieser Spielplatz sowie der vor ein paar Jahren sanierte Spielplatz „Am Lindenborn“ prima bespielbar. Jedoch befinden sich die drei anderen Auringer Spielplätze „In den Langen Ruten“, „Bornbaum“ und „Alsbachblick“ weiterhin in einem verbesserungswürdigen Zustand.

Der Ortsbeirat ist sehr dankbar für das Angebot einiger Bürger, sich durch private Spenden an der Aufwertung eines oder mehrerer Spielplätze zu beteiligen. Damit die Bürgerbeteiligung sinnvoll gestaltet werden kann, hat der Ortsbeirat in einem ersten Schritt die Stadt Wiesbaden gebeten, das Spielplatzkonzept für die kommenden Jahre vorzustellen sowie eine Übersicht für die Kosten zum Aufstellen von Spielgeräten bereitzustellen.

Durch die Kombination von privaten Spenden, Verfügungsmitteln des Ortsbeirates und womöglich durch Erlöse von Veranstaltungen wird es der Stadt Wiesbaden leichter fallen, ebenfalls einen signifikanten Beitrag beizusteuern. Wichtig bleibt die Prozesssteuerung, damit Entscheidungen transparent nachvollziehbar sind und alle Beteiligten einen Mehrwert sehen.

Für die Jugendlichen in Auringen soll es auch zu Verbesserungen kommen. Derzeit gibt es keinen geeigneten Treffpunkt innerhalb des Ortes für sie. Nach Gesprächen des Ortsbeirates mit



Spielplatz „Am Hinkelhaus“

Aus dem Ortsbeirat (Fortsetzung)

der Stadtteiljugendbeauftragten, der Mobilen Jugendarbeit KANA sowie dem TSV Auringen wird der Bau eines Unterstandes für zehn bis 15 Personen im Bereich des ehemaligen Volleyball-Feldes am Auringer Sportplatz befürwortet. Wenn alles gut läuft, könnte im nächsten Jahr der Unterstand errichtet werden.

Gefahrenentschärfung an der Eisenbahnunterführung

Endlich scheint sich eine Lösung anzubahnen, damit die für Fußgänger und Radfahrer gefährliche Eisenbahnunterführung der Landesstraße L3028 im Bereich des Bahnhaltelpunktes Auringen-Medenbach entschärft wird.

Nach Aussagen des Wiesbadener Straßenverkehrsamtes von August 2021 wolle Hessen Mobil den Bereich um die Eisenbahnbrücke neu überplanen. Auf beiden Seiten der Eisenbahnbrücke soll eine Engstelle eingerichtet werden, so dass der Gegenverkehr nicht mehr gleichzeitig durch die Eisenbahnunterführung fahren könne. Es werde in diesem Zusammenhang auch geprüft, inwieweit eine Ampel erforderlich sei. Die beteiligten Behörden wollen die Umgestaltung noch 2021 umsetzen.

Die Auringer SPD begrüßt diesen Lösungsansatz und erwartet eine fristgemäße Umsetzung der gemachten Zusagen. Musste es erst zu einem schweren Unfall in diesem Bereich kommen, damit das jahrelange Hin und Her ein Ende finden wird? Schon im Juli 2019 versprach Verkehrsdezernent Herr Kowol bei einem Ortstermin zu prüfen, ob kurzfristig eine

Übergangslösung zur Entschärfung der Gefahrenquelle geschaffen werden könnte. Trotz zwischenzeitlicher Nachfragen erhielt der Ortsbeirat erst im November 2020 die



Auringer Marktstand

Antwort, die Landesstraße sei in Zuständigkeit des Landes Hessen und sobald das Brückenbauwerk erneuert werden müsste, ein Zeitplan existiere hierfür aber nicht, könne ein Gehweg eingeplant werden. Stattdessen wurde ein Wirtschaftsweg entlang des Viadukts von L3028 bis zum Waldrand für Fuß- und Radfahrer ausgebaut. Damit wurde das Problem der Straßenüberquerung an unübersichtlicher Stelle aber nicht gelöst.

Nun also eine erneute Kehrtwende zurück zum Vorschlag vom Juli 2019. Hoffen wir auf eine baldige Realisierung.

Ein weiterer Dauerbrenner ist die gewünschte Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der L3028 in der Auringer Gemarkung von 70 auf 50 km/h. Aus unserer Sicht wäre eine Geschwindigkeitsreduzierung angemessen, wegen schlecht einsehbarer Straßeneinmündungen, aus Lärmschutzgründen und zur Verbesserung der Situation für Radfahrer. Dennoch teilte das Straßenverkehrsamt mit, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung als nicht notwendig angesehen werde. Auch wären mehrere Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden, die kein auffälliges Ergebnis erbracht hätten, so

dass keine feste Geschwindigkeitsmessrichtung installiert werden müsse.

Die Auringer SPD bleibt an dem Thema dran. Wenn das Stadtparlament Tempo 30 auf innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen fordert, dann sollte Tempo 50 statt 70 im Auringer Bereich der L3028 aus den vorgenannten Gründen ebenfalls möglich sein.

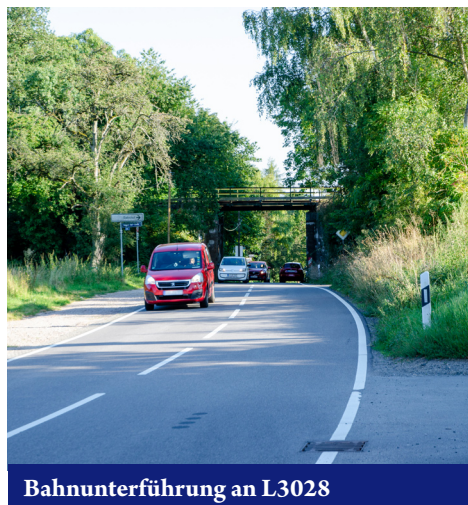
Leistungen der Ortsverwaltung

Erfreulicherweise haben sich die Dienstleistungen der Auringer Ortsverwaltung wieder verbessert, nachdem es in der jüngeren Vergangenheit zu drastischen Angebotsreduzierungen gekommen war. Seit dem 1. September können Personalausweise, Reisepässe oder Führungszeugnisse wieder beantragt werden bzw. An-, Ab- oder Ummeldungen durchgeführt werden. *Aber Achtung:* Die Termine müssen vorher online vereinbart werden unter dem Link:

<https://dtms.wiesbaden.de/DTMSTerminWeb/>
Mögliche Zeiten sind montags bis mittwochs von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 14 bis 16 Uhr.

Markt in Auringen

Seit Mai findet auf Initiative des Auringer Ortsvereinsrings immer am letzten Mittwoch des Monats von 16 bis 18:30 Uhr ein kleiner Markt an der Auringer Ortsverwaltung statt. Die Testphase dauert noch bis Oktober. Hoffen wir auf eine dauerhafte Etablierung des kleinen Marktes.



Bahnunterführung an L3028



Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen unser stellvertretender Ortsvorsteher **Wolfgang Brendel** oder unser Ortsbeiratsmitglied **Michael Wolf** gerne zur Verfügung:

Wolfgang Brendel (Tel. 06127/61516)
Michael Wolf (Tel. 06127/965269)
Email: kontakt@spd-auringen.de